

Und ist der Victoriasee nur ein ruhender Punkt im Stromsystem des Nils, wie der Bodensee für den Rhein, oder selbst seine Quelle?

Jeder Bürger des Staates ist ein geborener Verteidiger desselben (Scharnhorst). Dieses große Wort und die damit verbundenen Werte gehen dahin – und das schlimmste ist, daß unser Volk und seine gewählten Vertreter darüber nicht einmal diskutieren.

Die Wehrpflicht ist praktisch abgeschafft. Das wird demnächst auch in Deutschland zu Entwicklungen führen, wo private Kriegsdienstleister, zumeist anglo-amerikanische Investoren, Söldnertruppen weltweit vermieten. Es droht eine *Ramboisierung* des Militärs. Schwer vermittelbare junge Männer strömen schon jetzt in die Berufsarmeen, etwa in Spanien und England, die sich ohne ethische Bindung an Volk und Vaterland oder politische Werte wie Freiheit und Rechtsstaat von dem zum Krieg gebrauchten lassen, der am meisten zahlt.

Bedingt abwehrbereit

von

General a. D. Reinhard Uhle-Wettler

Timmendorfer Strand

1. Bundeswehrstrukturreform

Nach dem Willen des Bundesverteidigungsministers wird die Bundeswehr einer Strukturreform unterzogen, die alles Bisherige übertrifft. O-Ton von Karl-Theodor von und zu Guttenberg: „Die Grunddebatte ist doch die, haben wir eine Bundeswehr, die den sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft überhaupt noch gerecht werden kann? Und das kann man leider nur mit einem Nein beantworten.“ (NDR Info, Streitkräfte und Strategien) Auslöser des forschen, weil etwas voreilig erscheinenden Neuansatzes sind die Sparauflagen der Bundesregierung in Milliardenhöhe auf Grund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Krise des EURO. Hinzu kommt die in vielen Jahren aufgewachsene Verschuldung der öffentlichen Hand, die mittlerweile das Ausmaß von 2 Billionen anzunehmen droht. Es muß also auf allen Ebenen gespart werden. Seit April 2010 arbeitet eine 6köpfige Kommission unter der Leitung von Frank-Jürgen Weise, dem Leiter der Bundesagentur für Arbeit, an der neuen Konzeption. Unter den Mitgliedern ist immerhin wenigstens ein aktiver General. Bis Ende des Jahres sollen die organisatorischen Eckpunkte politisch entschieden sein. Wie bereits zur Jahresmitte aus dem Munde des Ministers zu erfahren war, geben die Einsatzbedingungen der „Armee im Einsatz“ die Richtung vor. Dabei sollen die Führungsfähigkeit, Effizienz, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit maßgeblich verbessert werden.

Dies war im Grunde schon das Anliegen der Strukturkommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der

Bundeswehr“ unter dem Vorsitz des ehemaligen Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker. Dessen Vorwort zu dem Bericht an die Bundesregierung vom 23. Mai 2000 fordert u. a.: „In einer von Partnern umgebenen Lage bedarf unser Land einer bündnikskonformen Bundeswehr, die mit einem umstrukturierten, nachhaltig verkleinerten Personalbestand grundlegend modernisiert werden muß.“ Die danach etwa seit dem Jahr 2002 eingeleitete „Transformation“ der Bundeswehr in eine Einsatzarmee ist aus politischen und haushaltsmäßigen Gründen nicht vollendet worden.

Auf Grund der nun bekanntgewordenen Daten ist mit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht und einer wesentlichen Verringerung des Umfanges der Bundeswehr auf unter 200 000 Mann zu rechnen.

Damit dürften „Die verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom 21. 5. 2003 sowie „Die Konzeption der Bundeswehr“ vom 9. 8. 2004 und die zu ihrer Verwirklichung eingeleiteten Maßnahmen der Transformation in wichtigen Teilen schon wieder überholt sein oder sich als nicht ausreichend erweisen.

Es bleibt aber offenbar dabei, daß die Bundeswehr „Instrument einer umfassend angelegten, vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ ist.

Sie hat den Auftrag:

- die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu sichern,
- einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten,
- die nationale Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten und zur Verteidigung der Verbündeten beizutragen,

- die multinationale Zusammenarbeit und Integration zu fördern.

Der Auftrag der Bundeswehr ist eingebettet in die gesamtstaatliche Vorsorgepflicht für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und unseres Wertesystems sowie für die Wahrung unserer Interessen im europäischen und transatlantischen Zusammenhang.

Aus dem Auftrag leiten sich die Aufgaben der Bundeswehr ab:

- internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus,
- Unterstützung von Bündnispartnern,
- Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger,
- Rettung und Evakuierung,
- Partnerschaft und Kooperation,
- Hilfeleistungen der Bundeswehr im In- und Ausland (Amtshilfe, Naturkatastrophen, besonders schwere Unglücksfälle).

Auftrag und Mittel in Übereinstimmung zu bringen, dürfte eine besonders schwere Aufgabe der politischen Leitung der Bundeswehr sein. Dies muß die Strukturkommission entsprechend berücksichtigen. Die Bundeswehrführung muß – notfalls durch Rücktritt – ein Zeichen setzen, sollte die Beschlußfassung über die Reform wiederum ein deutliches Auseinanderklaffen von Auftrag und Mitteln in Kauf nehmen.

2. Versagen der Politik

Der I. und II. Weltkrieg haben den deutschen Soldaten vor unlösbare Aufgaben gestellt. Beide Male hat es die Politik versäumt, ihm die erforderlichen Mittel zur Erfüllung seines Auftrages in die Hand zu geben. Der überstürzte und schlecht vorbereitete Aufbau der Bundeswehr setzte diese „Tradition“ fort. Eine Reform nach der anderen verhinderte die erforderliche Kontinuität für das Wachsen prägender Traditionen, starker Bindungen, sicherer Verhaltensweisen und gefestigten, eingeübten fachlichen Könnens, die eine Armee nun einmal braucht, allem voran jedoch das Vertrauen in eine kompetente politische Führung. Der Kommissionsbericht „Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften“, kurz „de Maizièrè-Bericht“ vom September 1981 mit einem Vorwort des damaligen Verteidigungsministers Hans Apel und einer Stellungnahme des Generals de Maizièrè stellt „das unausgewogene Verhältnis von Aufgaben und Mitteln als ein Zentralproblem der Streitkräfte“ heraus. Verschärft werde dieses Problem, so der General, durch die aktuelle Finanzlage. Daran hat sich bis heute nichts geändert. „Die Bundeswehr ist mit veraltetem Material ausgestattet, hat Strukturen, die teilweise noch den Geist des Kalten Krieges atmen, ist dramatisch unterfinanziert, über viele Jahre hinweg.“ O-Ton von

zu Guttenberg (NDR Info, Streitkräfte und Strategien). Ähnliche Äußerungen waren wiederholt Sendungen des deutschen Fernsehens zu entnehmen, ohne daß sie besondere Reaktionen auslösten. Schwerwiegend ist außerdem das vom Wehrbeauftragten festgestellte und durch den Bundespräsidenten bestätigte „freundliche Desinteresse“ der „Gesellschaft“ an den Belangen der Bundeswehr. Dazu kommt der Mangel an Fachwissen und -können gemäß der Feststellung Helmut Schmidts aus den 60er Jahren über den „lähmenden ›strategischen Dilettantismus‹ der politischen Klasse, nachzulesen in „Einsatz ohne Ziel?“, Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, von Dr. phil. Klaus Naumann (Hamburger Edition 2008, Seite 72). Als vor einigen Jahren einer der ranghöchsten Generale der Bundeswehr über seine Erfahrungen als NATO-Befehlshaber im ehemaligen Jugoslawien vor der Clausewitz-Gesellschaft vortrug, wurde er in der anschließenden Diskussion gefragt, ob er dies auch maßgeblichen Politikern gesagt habe. Unter dem „wissenden“ Gelächter der in den ersten Reihen sitzenden ranghöchsten Pensionäre lautete die Antwort: „Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, daß ich von einem einzigen Politiker nach meinen Erfahrungen befragt worden bin!“ Eine mögliche Erklärung hierzu kann General a. D. Klaus Naumann beitragen. Er schreibt auf Seite 245 seines Buches ›Frieden – der noch nicht erfüllte Auftrag‹: „Ich konnte von 1986 bis 1999 den Stellenwert des unverändert wichtigsten Instruments deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, der Bundeswehr, für die Parteien des deutschen Bundestages aus der Nähe beobachten. Ich kann daher sagen, daß er von den Regierenden aller Schattierungen, von relativ wenigen Ausnahmen und von vielen Lippenbekenntnissen abgesehen, als gering angesehen wurde.“

Die Klagen der in Afghanistan eingesetzten Truppen über Ausrüstungsmängel und dem Einsatz unangepaßte, friedensmäßige bürokratische Bestimmungen und Dienstvorschriften sind mittlerweile unüberhörbar. Demgegenüber äußern zuständige Behörden und Dienststellen „Die Zulassungsnormen (für dringend benötigte Fahrzeuge und Gerät, Verf.) sind verbindlich. Eine bundeswehrspezifische Norm unterhalb dieser Vorschriften wird es nicht geben.“ (Preuß. Allg. Zeitung ›PAZ‹ vom 7. 8. 2010). So macht ein polemischer Soldatenspruch die Runde: „Mülltrennung geht vor Sicherheit!“ Der Verteidigungsminister klagt selbst über zu lange Wege in seinem Ministerium. Aus einer Armee für den Frieden darf aber keine Friedensarmee werden, die nicht für den Einsatz taugt. Von der Politik ist daher eine konsequente und verzugslose Auswertung und Umsetzung der Lehren und Erfahrungen aus Afghanistan und den anderen Auslandseinsätzen zu fordern. Das verlangt schon die Treuepflicht gegenüber den Soldaten, die in der „Armee im Einsatz“ ihr Leben

einsetzen. „Staat und Soldaten sind durch gegenseitige Treue miteinander verbunden.“ (§ 1 SG)

3. Allgemeine Wehrpflicht

Die bisherigen offiziellen und inoffiziellen Verlautbarungen zur geplanten Strukturreform sehen neben einer wesentlichen Kürzung der Umfangszahlen bei den Zeit- und Berufssoldaten, wenn nicht die Abschaffung, so doch wenigstens die Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht vor. Dies zeigt den Ernst der Lage. Gehörte doch die allgemeine Wehrpflicht über alle Stürme der Sicherheitspolitik hinweg zum demokratischen Selbstverständnis der Armee und der BRD als wehrhafter Demokratie. Allerdings ist es der Politik niemals gelungen, das Problem der Wehrgerechtigkeit hinlänglich zu lösen und den überaus großen Umfang der Kriegsdienstverweigerung und Drückebergerei ausreichend in den Griff zu bekommen. Während es die Massenmedien versäumt haben, das Problembewußtsein und eine ausreichende Sensibilität für die Erfordernisse deutscher Sicherheitspolitik im Volk zu wecken, fehlte es bei der politischen Klasse ganz offensichtlich am Willen, die entsprechende Überzeugungsarbeit zu leisten. Dazu gehört natürlich unter anderem das eigene Vorbild durch Ableistung von Wehr- oder Ersatzdienst (Art. 12a GG). Daran fehlt es weitgehend heute noch bis in die höchsten politischen Ränge. Den Streitkräften ist es dennoch bisher gelungen, aus den Wehrpflichtigen einen großen Teil der benötigten Berufs- und Zeitsoldaten zu gewinnen. Dies war ein wesentlicher Grund ihres Kampfes für den Erhalt der Wehrpflicht. Die derzeit geltende Verkürzung auf 6 Monate ist unverantwortlich und muß von Fachleuten nicht diskutiert werden. Sie kann nur – polemisch ausgedrückt – zur Ausbildung von „Kanonenfutter“ führen.

Am Rande sei erwähnt, daß nun natürlich auch der Ersatzdienst betroffen ist. Der bewährte Zivildienst in Krankenhäusern und Pflegeheimen wird sich in der bisherigen Form nicht halten lassen. Ob der bestehende Freiwillige Soziale Dienst die Lücke füllen können wird, ist sehr fraglich. Natürlich stellt sich mit gesundem Menschenverstand auch die Frage nach der Einrichtung einer allgemeinen Dienstpflicht. Deren Einrichtung könnte viele Probleme, wie zum Beispiel die Gleichbehandlung von Männern und Frauen und die Wehrgerechtigkeit, lösen, wird aber zur Zeit kaum ernsthaft öffentlich diskutiert. Altbundespräsident Richard v. Weizsäcker ist vor einigen Jahren in einer Talk-Show des deutschen Fernsehens von einer Zuschauerin, die eine leitende Funktion bei der Caritas ausübte, unter sehr großem Beifall die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht u. a. zur Lösung des Mangels an Pflegepersonal vorgeschlagen worden. Die Antwort lautete: „Liebe Frau X! Wenn Sie draußen für Ihren Vorschlag ebensolchen Beifall wie hier drinnen bekommen, bin ich Ihr Mann!“ Damit war das so wichtige Thema leider vorschnell und abrupt abgetan.

Von besonderer Bedeutung ist im übrigen die mit dem Erlaß der Bundeswehrkonzeption von 2004 bestätigte Umstrukturierung der Bundeswehr unter der Bezeichnung: „Transformation“. Diese verlegte ohne viel Aufhebens den Schwerpunkt auf die Erfordernisse von Auslandseinsätzen anstelle des noch von den Erfordernissen der Ost-West-Konfrontation (kalter Krieg) geprägten Verteidigungsauftrages im Rahmen des NATO-Vertrages. So wurden nahezu die gesamten, in Jahrzehnten eingespielten territorialen Verteidigungskräfte, sowie einige voll funktionsfähige und bewährte Bundeswehrkrankenhäuser und zahlreiche Verbände und Stäbe der Sanitätstruppe, der ABC-Abwehr und dazugehöriger Reserveformationen aufgelöst. Offensichtlich hat die Heimatverteidigung keinen hohen Stellenwert. Das ist ein schwerer Fehler und kann Deutschland im Zeitalter der „Neuen Kriege“ (Herfried Münkler) und der Massenvernichtungswaffen noch teuer zu stehen kommen!

Schließlich müssen die Folgen der demographischen Entwicklung bedacht werden. Den in Gang befindlichen Kampf um qualifiziertes Personal kann die Bundeswehr ohne Wehrpflicht und bei mangelhafter finanzieller Ausstattung gegenüber der Industrie, gut zahlenden privaten Sicherheitsdiensten und Nichtregierungsorganisationen nur verlieren. Eine Freiwilligenarmee kann das erforderliche Personal nur bekommen, wenn man es besonders gut bezahlt und den Soldatenberuf auch in anderer Hinsicht attraktiv gestaltet. Das kostet vor allem viel Geld, das offensichtlich nicht zur Verfügung steht.

Daher sollte als Alternative die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht untersucht werden. Sie gehört zu den natürlichen Pflichten der weiblichen und männlichen Staatsbürger etwa zwischen dem 18. und 35. Lebensjahr. Sie ist den umfassenden staatsbürgerlichen Rechten und Freiheiten geschuldet, die der demokratische Rechtsstaat gewährt. Allgemeine Dienstpflicht könnte geleistet werden: als Dienst in den Sicherheitsorganen, Wehrdienst, Sozialdienst, karitativer Dienst, besonders in der Kranken- und Altenpflege, in der Behindertenbetreuung, bei Feuerwehr, Katastrophenschutz und Technischem Hilfswerk. Mit Einschränkungen könnte der Dienst im Umwelt- und Naturschutz sowie in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft anerkannt werden. Man stelle sich einmal vor, in welchem Umfang die gerade so heftig diskutierte Integration unserer Jugend und ihre Heranführung an die Aufgaben des „Staatsbürgers in Zivil“ gefördert werden könnte! Immerhin haben zum Thema „Allgemeine Dienstpflicht“ kürzlich der Saarländische Ministerpräsident Peter Müller und der ehemalige Ministerpräsident von Hessen, Roland Koch, wichtige Denkanstöße gegeben.

4. Kriegsbild

Wer für die künftige Sicherheitspolitik plant, muß sich ein möglichst wirklichkeitsnahes Bild von möglichen

Gefahren und Erscheinungsformen der Bedrohungen machen. Dabei sind die jüngsten Erfahrungen und mögliche Weiterentwicklungen zu berücksichtigen. Ideologische Festlegungen und idealistisches Wunschdenken über den ewigen Frieden führen in die Irre und zu nicht korrigierbaren Fehlern. Viele Menschen gehen noch von überholten Bildern konventioneller Kriege der jüngeren Geschichte aus, wie sie uns im Fernsehen vorgeführt werden. Die neuen Kriege der jüngsten Vergangenheit haben aber gezeigt, daß sich Krieg und Frieden nicht mehr wie früher sauber trennen lassen, und daß von einem erweiterten Begriff der Sicherheitspolitik ausgegangen werden muß. Im Zeichen der Globalisierung, kollektiver Sicherheitssysteme und einer weltweiten Migrationsbewegung gehen außen- und innenpolitische Gefahren und deren Abwehr oft ineinander über. Sicherheitspolitik geht also weit über das rein Militärische und die unmittelbaren Verteidigungsanstrengungen hinaus. Abwehr von Umweltgefahren, Beseitigung von Instabilitäten anderer Länder, Zugriff auf lebenswichtige Ressourcen und schwere Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, Vertreibungen und anderes mehr können Gegenstand von sicherheitspolitischen Maßnahmen sein.

Nachfolgende Umstände und Ereignisse zwingen neben anderen, hier nicht aufgeführten, zu dieser Beurteilung:

- die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen (ABC), Raketentechnologie, intelligente Waffen, Kampfdrohnen und weitere moderne Waffensysteme;
- die Flugzeugattaken im September 2001 gegen die USA durch arabische Terroristen;
- die irakischen Raketen auf Israel im 2. Golfkrieg;
- die Vernichtung der irakischen Atomanlagen durch die Israelische Luftwaffe im Jahr 1981 mitten im Frieden;
- der Balkankrieg der NATO, ohne daß eines ihrer Mitglieder angegriffen worden ist;
- der Krieg der NATO gegen die Taliban in Afghanistan;
- schließlich die Tatsache, daß Kriege heutzutage in der Regel ohne förmliche Kriegserklärung begonnen und – wie im Falle des IRAK - ohne Friedensvertrag beendet werden;
- Selbstmordattentäter;
- die moderne Piraterie vor den Küsten Somalias, in der Straße von Magellan und andernorts;
- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von Migrantengruppen, Jugendbanden und politischen Minderheiten in den Großstädten der westlichen, aber auch der östlichen Hemisphäre;
- die gewalttätigen Machenschaften der organisierten Kriminalität und ihre mafiosen Strukturen, deren bedrohliche Ausmaße und Aktivitäten durch den Journalisten Jürgen Roth in zahlreichen Büchern, u. a. in „Mafialand Deutschland“ und „Ermitteln Verboten! Warum die Polizei den

Kampf gegen die Kriminalität aufgegeben hat“ beschrieben worden ist.

Jürgen Roth ist der Meinung, daß der Kampf gegen die organisierte Kriminalität bereits verloren ist, weil der politische Wille zu einer durchschlagenden Bekämpfung fehle.

Ähnliches war kürzlich in einem Interview der Zeitschrift dsmagazin Nr. 05/06 2010 zu lesen. Hier äußert sich MdB Wolfgang Bosbach, Mitglied im Verein für offene Aussprache, gegenüber dem Chefredakteur Joachim Schäfer über Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft von Migranten u. a. wie folgt: „... aber ich weiß aus langjähriger beruflicher und politischer Erfahrung, daß es in Deutschland ausgesprochen schwierig ist, ausländische Straftäter selbst dann auszuweisen und abzuschicken, wenn sie schwere Straftaten begangen haben. Aber ich sehe im Deutschen Bundestag weit und breit keine Mehrheit für eine erleichterte Ausweisung von ausländischen Straftätern.“ Daraus läßt sich ableiten, daß es bei den hier anstehenden Fragen zur Sicherheitspolitik eben entscheidend auf den politischen Willen und nicht so sehr auf noch so richtige Argumente und nachprüfbarere Tatsachen ankommt.

Wenigstens in der mittelständischen Wirtschaft fanden wir eine deutliche Stimme, die Forderungen für die innere Sicherheit im Zusammenhang mit einem erwarteten „Crash“ des internationalen Finanzsystems aufstellte. Wer macht sich schon Gedanken darüber, daß die Polizei über keine Reservistenorganisation verfügt und schon heute in halbwegs „normalen“ Zeiten personell überfordert ist, wie ein hochrangiger Vertreter der Polizei in einer Arbeitsgruppe für das Buch von Eberhard und Eike Hamer „Was passiert, wenn der Crash kommt?“ feststellte. Die kräftemäßige Überforderung der Polizei im Falle bürgerkriegsähnlicher Verhältnisse in Notlagen ist bereits vorgegeben. Demgegenüber muten die vorgesehenen Stellenkürzungen bei den Polizeien der Länder geradezu abenteuerlich an. Man muß dabei zusätzlich bedenken, daß der Einsatz der Bundeswehr zu Aufgaben der inneren Sicherheit geradezu als Sakrileg gilt, für den sich niemand wirklich ernsthaft einzusetzen wagt. Also bestimmen in Fragen der Sicherheit eher ideologische Vorbehalte als nüchterne Analyse und Zusammenfassung der ohnehin (zu) schwachen Kräfte das Geschehen. Wie wenig ausgeprägt die Sensibilität für Sicherheitsfragen ist, kann man den öffentlichen Diskussionen entnehmen, die sich nahezu ausschließlich um Löhne und Gehälter, Renten und Steuergerechtigkeit drehen. Sicherheitspolitik steht nicht auf der Tagesordnung der Massenmedien und findet daher auch nicht Eingang in das Bewußtsein der Bevölkerung. Dieser Mangel wird noch durch ehemals hochrangige und weithin bekannte Politiker, die sich öffentlich äußern, bestärkt. So thematisieren Friedrich Merz und Wolfgang Clement in ihrem herausragenden gemeinsam verfaßten Buch: „WAS JETZT ZU TUN IST“ unter der Herausgeberschaft der renommierten Wirtschaftsjournalistin Dr. Ursula Weidenfeld die so wichtige

und zugleich kostenträchtige Sicherheitspolitik nicht einmal am Rande.

5. Sicherheit im Bündnis

Allen maßgeblichen sicherheitspolitischen Konzeptionen, Planungen und Maßnahmen des laufenden Jahrzehnts liegen bei Unterschieden und Versäumnissen im Einzelfall die nachfolgenden gemeinsamen Eckpunkte zu Grunde:

- das atlantische Bündnis bzw. die transatlantische Partnerschaft;
- die Konzeption der gemeinsamen Sicherheit und ihrer Stärkung in Europa; die Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte muß derjenigen der wichtigsten europäischen Bündnispartner entsprechen;
- vorrangige Ausrichtung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze zur Krisenvorsorge, Krisenbewältigung und „Nation building“;
- Kampf gegen Terrorismus und asymmetrisch organisierte Gegner.

Dazu sind Aufgaben- und Lastenteilung sowie Rüstungskoooperation einschließlich Standardisierung zur Effektivität des Bündnisses und zur Kosteneinsparung unabdingbar. Außerdem muß deutsche Sicherheitspolitik bedenken, daß der Verzicht auf Besitz von A-Waffen im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages den atomaren Schutzschild seiner Verbündeten erfordert. Mangelhafte eigene Verteidigungsanstrengungen führen unabwendbar zum Verlust des Einflusses im Bündnis und zum Vasallenstatus gegenüber der herrschenden Weltmacht USA. Sicher ist den meisten Bürgern der BRD gar nicht klar, daß die erforderlichen Verteidigungsanstrengungen bereits unter dem vereinbarten Maß liegen. „Der Verteidigungshaushalt beträgt in Deutschland 1,3% des Bruttosozialprodukts. Damit liegt Deutschland im Vergleich der NATO-Mitgliedstaaten auf einem hinteren Tabellenplatz und deutlich unter dem Wunschziel der NATO von 2 Prozent.“ (Dieter Farwick, PAZ v. 14. 8. 2010)

6. Stellung des Soldaten

Die Probleme der Bundeswehr lassen sich fast regelmäßig an der Schnittstelle von Politik und Militär festmachen. Oft stammen sie noch aus der Aufbauzeit der Bundeswehr und den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung. Vieles beruht auf einem grundsätzlichen Mißverständnis. Die Kontrolle der Macht, auch der militärischen, ist eine Selbstverständlichkeit. Civil control kommt aus dem Angelsächsischen und bedeutet dort nicht etwa „zivile Kontrolle“, sondern Kontrolle durch das Parlament und die von diesem bestimmten demokratischen Gremien. Dennoch wird die falsche Deutung nur allzu gerne benutzt, um die

erforderliche militärische Amtsgewalt einzuschränken. Dahinter steht ein unberechtigtes Mißtrauen, nachdem die Bundeswehr von Anfang an und nun über mehr als ein halbes Jahrhundert durch treuen Dienst ihre demokratische Zuverlässigkeit bewiesen hat. Ein Beispiel: Die Aufstiegschancen der hohen Generalität der Bundeswehr in politische Ämter sind nahezu bei Null. In 50 Jahren haben es 2(!) Generale zum Staatssekretär und einer von diesen zum Innenminister eines Bundeslandes gebracht. Ein Vergleich mit den USA oder gar mit Israel macht deutlich, was in diesen Demokratien möglich und vielleicht sogar üblich ist, nämlich der Aufstieg bewährter Generale in die höchsten politischen Ämter bis hin zum Staatspräsidenten. Ein anderes Beispiel: General Carl v. Clausewitz war der Ansicht, „der Feldherr“ müsse Sitz und Stimme im Kabinett haben, um gehört zu werden (8. Buch Vom Kriege). In der BRD sind die 4 Staatssekretäre dem Generalinspekteur vorgesetzt. Alle zaghaften Versuche, ihm diesen Rang zu verleihen, sind bisher abgeschmettert worden. Die Inspektoren der Teilstreitkräfte gar sind Abteilungsleitern der Ministerien, also Ministerialdirektoren gleichgestellt. Da ist von Amt und Würden wie dem unmittelbaren Vortragsrecht (Immediatrecht) des ehemaligen „Feldherrn“ nichts mehr übriggeblieben. Diese Beispiele lassen sich fortsetzen und auf die protokollarische Rangfolge ausdehnen, in der vor Jahren der Generalinspekteur hinter Landessuperintendenten und Landesrabbinern stand (BMVg, FÜ S 13 vom 16. Februar 1984). Die unterbewertete Stellung der militärischen Führungsspitze war 1970 durch den sogenannten „Blankeneser Erlaß“ Helmut Schmidts festgeschrieben worden. Daran hat auch die Ersetzung durch den „Berliner Erlaß“, „Weisung zur militärischen Spitzengliederung“ vom 21. Januar 2005 von Verteidigungsminister Peter Struck nichts grundsätzlich geändert. Die Stimme des Soldaten wird, wie eine 50jährige Erfahrung lehrt, nicht ausreichend gehört. Das führt zu unsachgerechten und oft auch fehlerhaften sicherheitspolitischen Beurteilungen und Entscheidungen sowie gefährlichen Verzögerungen und Führungsmängeln. Dies ist natürlich längst erkannt, wird aber nicht grundsätzlich geändert, weil Vorurteile, politische Bedenken und nicht zuletzt eine Beamtenschaft, die mit großer und langjähriger ministerieller Erfahrung ihre Positionen gegen jeden Soldaten mit aller Macht verteidigt, dagegenstehen. Es ist zu befürchten, daß an diesen Gegebenheiten auch künftig jeder auch noch so gute Verteidigungsminister scheitert. Es genügt jedenfalls nicht, die Bundeswehr wieder einmal zu reformieren, wenn nicht gleichzeitig der politische und ministerielle Einfluß der militärischen Führungsspitze erweitert und verbessert wird.

7. Wehrrecht und andere Hausaufgaben

Eine „Armee im Einsatz“ braucht wie andere demokratisch verfaßte Staaten auch ein Wehrrecht für den

Einsatz. Das bedeutet konkret, daß endlich eine funktionierende Militärgerichtsbarkeit zu schaffen ist, die den Einsatzbedingungen gerecht wird, mit den Soldaten lebt und das Geschehen vor Ort beurteilen kann. Die Tatsache, daß sich Soldaten für ihr Verhalten im fernen Ausland unter „kriegsähnlichen Verhältnissen“ vor einer zivilen Gerichtsbarkeit im friedlichen Heimatland rechtfertigen müssen, ist so absurd, daß der gesunde Menschenverstand sich wehrt, dies zu glauben. Wie weit sich die politische Klasse trotz allen Geschwafels über Innere Führung von ihrer Treuepflicht nach Soldatengesetz gegenüber dem Soldaten bereits entfernt hat, kann man der Rede des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt anlässlich einer Großvereidigung in Berlin entnehmen. Darin rief er den angetretenen Soldaten sinngemäß zu, sie hätten das Glück, in diesem demokratischen Rechtsstaat niemals mißbraucht zu werden. Das war sehr freimütig.

War es doch der Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der zuvor den Krieg gegen das Jugoslawien des Herrn Slobodan Milosevic wiederholt mündlich und schriftlich in schöner Gemeinschaft mit Herrn Henry Kissinger als völkerrechtswidrig bezeichnet hatte. Da das Völkerrecht gemäß Artikel 25 GG Bestandteil des Bundesrechtes ist und den Gesetzen, also auch dem Soldatengesetz vorgeht, hat die Bundesregierung unsere an diesem Krieg beteiligten Soldaten offenbar mißbraucht.

Dies und viele andere Ungereimtheiten, die allesamt darauf hindeuten, daß die politische Klasse ihre sicherheitspolitischen, besonders die verteidigungs- und militärpolitischen Hausaufgaben sträflich vernachlässigt, kann in etlichen, von Soldaten verfaßten Büchern nachgelesen werden. Sie hatten allesamt nicht die erhoffte Wirkung, dokumentieren jedoch, daß die Soldaten nicht immer geschwiegen haben, wie man es unseren Vätern in der Wehrmacht vorwirft. Beispielhaft sei hier an die Bücher von Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof „Wozu noch tapfer sein?“, Generalleutnant Dr. Franz Uhle-Wettler „Rührt Euch!“ und Generalmajor Gerd-Helmut Komossa „Deutschland Heute“, Eine kritische Bilanz, aber auch an das Buch des international erfahrenen und bewährten Generals Klaus Naumann: „Frieden – der noch nicht erfüllte Auftrag“, nachdrücklich erinnert.

8. Kosten

Die geplante Strukturreform hat ihren Preis. Berufs- und Zeitsoldaten, die vorzeitig entlassen werden, sind abzufinden. Standorte, die geschlossen werden, verlieren viele Arbeitsplätze und Einkünfte durch die Bundeswehr. Eine „Streichliste“ in der Rüstung, etwa bei ganzen Programmen oder zum Beispiel bei Stückzahlen des Eurofighters, des Kampfhubschraubers Tiger, des Schützenpanzers Puma, der Aufklärungsdrohnen oder bei anderen Rüstungsprojekten ist nicht umsonst zu haben. Laufende Verträge und internationale Kooperationsabkommen können nicht ohne weiteres

aufgekündigt werden. Zusätzlich ist zu bedenken, daß die Rüstungsindustrie ihre Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungskapazitäten nicht so einfach ab- oder aufbauen kann. Sind sie einmal mangels Aufträgen verloren gegangen, werden sie bei dem vorhandenen Fachkräftemangel in andere Industrien abwandern und sind für die heimische Rüstung verloren. Bundeswehrstrukturen müssen daher Planungssicherheit gewähren und langfristige Planung ermöglichen. Einsparungen werden erst nach Ablauf von mehreren Jahren wirksam. Reformen kosten meist zunächst zusätzliche Finanzmittel. Bei allen erforderlichen Kosten-Nutzenanalysen und den Konsequenzen daraus darf im übrigen nicht übersehen werden, daß jede wesentliche Verkleinerung der Bundeswehr zugleich auch eine Verringerung der Berufsaussichten und Aufstiegschancen ihrer Angehörigen mit sich bringt. Damit ist ein wesentliches Problem der Inneren Führung bzw. der Menschenführung verbunden: „Der Mensch im Mittelpunkt!“ Mangelnde Berufszufriedenheit dürfte sich sehr negativ auf den Geist der der Truppe auswirken.

9. Si vis pacem para bellum

Dieser prägnante und kluge Leitsatz der Römer kann frei für die heutige Zeit etwa so übersetzt werden:

„Wenn du Sicherheit willst, betreibe vorsorglich Gefahrenabwehr.“

Sicherheit und Recht sind die beiden Hauptaufgaben des Staates, nicht Wohlstand und Soziales. Vorsorge, Bereitschaft und Übung in der Gefahrenabwehr sind vorrangig und unabdingbar gegenüber allen anderen staatlichen Aufgaben. Nachlässigkeit und Versäumnis führen zur Wehrlosigkeit und diese zur Rechtlosigkeit. Der Wehrlose fordert Gefahren geradezu heraus. Mit Israelis braucht man darüber nicht zu diskutieren. Sie wissen das und erfahren es täglich neu. Die Deutschen sollten das ebenfalls gelernt haben. Sie verfügen nicht erst seit Kaiser Napoleon über reichhaltige Erfahrungen eigener Wehrlosigkeit und fremder Besatzungstruppen. Nach dem Waffenstillstand im Mai 1945, als die Sieger die Deutschen vollständig entwaffneten, waren sie sogar vogelfrei und nahezu rechtlos. Heute sind die unsicheren Zustände im Lande immerhin schon wieder soweit gediehen, daß Polizisten und Polizeiwachen, also Männer und Einrichtungen im hoheitlichen Auftrag, von marodierenden Banden gewaltsam angegriffen werden. Ruft da niemand: „Wehret den Anfängen“?

Es ist Aufgabe der politischen Klasse, den Volkssouverän umfassend zu informieren, im Verein mit den Massenmedien eine öffentliche, bundesweite Diskussion in Gang zu setzen und das sicherheitspolitische Problembewußtsein des Volkes und seiner Institutionen zu schärfen. Das ständige öffentliche Gerede darum, der Bürger müsse mehr Geld in der Tasche haben und angesichts der wieder angelauten Konjunktur „etwas vom Kuchen abbekommen“, lenkt von den wirklichen

Problemen ab. Notwendig ist zunächst der Wille, dem Vaterland treu zu dienen und sich gegen die Gefahren für die Sicherheit des Landes und seiner Bürger zu wappnen. Ist die Gefahr einmal eingetreten, ist es leicht zu spät für durchschlagende Gegenmaßnahmen, ähnlich den jüngsten Flut- und Brandkatastrophen in Pakistan und Rußland. Es ist höchste Zeit zu handeln. Dabei verdient die Tatsache hohe Aufmerksamkeit, daß von „Heimatverteidigung“ überhaupt nicht mehr gesprochen wird. Merkwürdig ist auch, daß die Öffentlichkeit nahezu nichts darüber zu hören bekommt, wie sich die politische Führung die Modernisierung der Armee vorstellt. Ein „Kaputtsparen“ der Bundeswehr darf es nicht geben! Ihre Einsatzbereitschaft geht uns alle an! Ohne den unbeirrbar Willen der politischen Klasse einerseits und die allgemeine Dienstbereitschaft des Volkes zur Gefahrenabwehr andererseits wird allerdings eine durchschlagende wirkliche Bundeswehrreform nicht zu haben sein. Der Staatsbürger ist aufgerufen und eine willensstarke politische Führung. Mehr denn je bleibt wünschenswert, daß der Verteidigungsminister dem Bundestag eines Tages melden kann: „Abwehrbereit!“

*

In Kaiser Theodosius tritt nach zahlreichen fremdstämmigen Herrschern am Ende des Reiches noch einmal und zum letzten Male ein Geblütsrömer an die Spitze des Staates. So sammelte der preußische Adel sich am Ende des Deutschen Reiches noch einmal im 20. Juli 1944.

*

Die Gelehrten der Perser behaupten, an der Zwietracht zwischen den Hellenen und Barbaren seien die Phoiniker schuld ... Ich selber will nicht entscheiden, ob es so oder anders gewesen ist ... Ich weiß, daß menschliche Größe und Herrlichkeit nicht von Bestand ist, und darum will ich der Schicksale beider in gleicher Weise gedenken.

Herodot

*

Weder in den Taten oberflächlich und nachlässig sein, noch im Umgang mit anderen Verwirrung stiften, noch in den Vorstellungen ziellos umherschweifen, noch mit der Seele sich ganz und gar hinreißen lassen noch im Leben keine Muße haben.

Sie töten uns, zerfleischen uns, verjagen uns unter Verwünschungen. Was bedeutet dies im Verhältnis dazu, dass die Seele rein, klug und gerecht bleibt?... Entwickle dich selbst jeden Tag zu einer Unabhängigkeit hin, die verbunden ist mit Freundlichkeit, Einfachheit und Taktgefühl.

Marcus Aurelius Wege zu sich selbst. 8. Buch, Nr. 51